



## Presseinformation

Nr. 157/2006

Kiel, Freitag, 5. Mai 2006

*Sperrfrist: Redebeginn*

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Gesundheit/Ärztliche Versorgung/Ländlicher Raum

### Heiner Garg: Chance für eine umfassende Analyse wurde nicht genutzt

In seinem Redebeitrag zu **TOP 29** (Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum) sagte der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, **Dr. Heiner Garg**:

„Bisher haben wir in Schleswig-Holstein eine hervorragende flächendeckende Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Dass dies bisher so war, haben wir vor allem den freiberuflich tätigen Ärzten und Zahnärzten zu verdanken.

Der vorgelegte Bericht der Landesregierung zur ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum zeigt hierzu den aktuellen Stand – leider nicht wirklich mehr.

Zwar weist die Landesregierung darauf hin, dass eine Unterversorgung im ländlichen Raum durch erhöhte Praxisschließungen aus Altersgründen „theoretisch“ möglich sei – eine vertiefende Prognose wird allerdings nicht vorgenommen.

Diese wäre aber notwendig: Bei Hochrechnungen bis zum Jahr 2015 – so wie sie von der Kassenärztlichen Vereinigung in ihrem jetzt vorgelegten Versorgungsbericht vorgenommen wurde – werden uns, bei gleich bleibenden gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen, bis dahin gut 1.000 Hausärzte fehlen.

Wie wirkt sich die Entwicklung der Arztzahlen angesichts der Altersstruktur in der Medizinerschaft konkret aus?

Die Frage wird durch den Hinweis, dass das Gesundheitsministerium die weitere Entwicklung mit großer Aufmerksamkeit beobachtet und im engen Dialog mit der Kassenärztlichen Vereinigung steht, nicht wirklich beantwortet.

Bedauerlich ist, dass gerade die Frage, welche politischen Entscheidungen erforderlich sind, um den Entwicklungsprozess günstig zu beeinflussen, nicht genutzt wurde, um einzelne politische Entscheidungen zu analysieren.

**Christian Albrecht**, Pressesprecher, V.i.S.d.P., FDP Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431/9881488 Telefax: 0431/9881497, E-Mail: [presse@fdp-sh.de](mailto:presse@fdp-sh.de), Internet: <http://www.fdp-sh.de/>

**Wolfgang Kubicki**, MdL  
Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg**, MdL  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Ekkehard Klug**, MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer

**Günther Hildebrand**, MdL

www.fdp-sh.de

Natürlich ist die Absicht, einen Lehrstuhl für Allgemeinmedizin an einem der Hochschulstandorte dauerhaft einzurichten, ein erster wichtiger Schritt. *Was aber, wenn die Rahmenbedingungen, sich als Mediziner auch im ländlichen Raum niederzulassen, nicht mehr stimmen?*

Wie es um diese steht, zeigt die vermehrte Abwanderung ins Ausland: Allein im letzten Jahr haben sich fast 1.000 deutsche Ärzte nach Auskunft der britischen Ärztekammer in London registrieren lassen (dpa vom 21.03.2006).

Auch skandinavische Länder werden für junge Mediziner dank guter Bezahlung, hervorragender Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten immer attraktiver.

Nicht nur, dass uns dadurch der Nachwuchs weg brechen wird: Politische Rahmenbedingungen werden dafür sorgen, dass sich dieser Trend noch fortsetzt. Das heißt nichts anderes, dass die bereits jetzt niedergelassenen Mediziner, die täglich mit Bürokratie, Budgetdeckelung und der Einschränkung der Therapiefreiheit zu kämpfen haben, bestimmt nicht unbedingt über das 68. Lebensjahr hinaus als Kassenärzte arbeiten wollen.

Der Bericht verschweigt auch, dass das *Gesundheitsmodernisierungsgesetz* den Grundstein für eine künftige Mangelversorgung im ländlichen Raum legt. Denn mit der Bevorzugung von Medizinischen Versorgungszentren beispielsweise werden gerade die Arztpraxen im ländlichen Raum benachteiligt.

Deshalb ist die Einschätzung aus dem Bundesgesundheitsministerium nur konsequent, die traditionelle Arztpraxis als Auslaufmodell zu bezeichnen. Aber genau diese Praxen werden zukünftig im ländlichen Raum gebraucht.

Denn Medizinische Versorgungszentren in Ballungsgebieten mit entsprechender Infrastruktur werden die dann entstandenen weißen Flecken im ländlichen Raum nicht kompensieren können. Die Folge in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein wird sich dann um so drastischer auswirken.

Die Diskussion um die Notdienstversorgung gerade im ländlichen Raum gibt uns hierauf bereits einen Vorgeschmack zur künftigen Versorgung.

Diese Problematik wird im Bericht nicht einmal angesprochen.

Auch das jetzt in Kraft getretene *Gesetz zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Arzneimittelversorgung* wird dafür sorgen, dass immer weniger Mediziner gerade in der Fläche praktizieren werden.

Wenn nur einige schwer herzkrankte Patienten mit höherem täglichen Arzneimittelbedarf, als ihnen rechnerisch zustehen, genügen, um den behandelnden Mediziner in den Ruin zu treiben, dann geraten gerade Praxen im ländlichen Raum immer mehr in Schwierigkeiten. Hierzu schweigt sich der Bericht wohlweislich aus.

Schade, dass die Chance für eine umfassende Analyse nicht genutzt worden ist.“